



Entscheidende Bedeutung der PSI-Sektoren für die Umsetzung der Klimapolitik

Ungeachtet der Ergebnisse aus den Verhandlungen von Paris müssen die Beschäftigten des öffentlichen Diensts direkt in die Ermittlung und Umsetzung von Lösungen für die Klimakrise eingebunden werden.

Den Beschäftigten bei **Kommunal- und Regionalverwaltungen** kommt hier entscheidende Bedeutung zu, da mittlerweile mehr als die Hälfte der Menschheit in Städten lebt und die Verstädterung sich weiter beschleunigt. Es braucht Veränderungen, um unsere Städte gerecht, sicher und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Die PSI-Mitgliedsgewerkschaften im Bereich der Kommunal- und Regionalverwaltungen haben das Potenzial, einen Beitrag zur Entwicklung, zur Umsetzung und zum Ausbau von innovativen, klimafreundlichen und fairen Lösungen und politischen Ansätzen als Reaktion auf die Herausforderungen der Verstädterung zu leisten. Jedwede nachhaltige Lösung muss auch das Problem der Slums angehen, in denen Hunderte von Millionen unter verzweifeltsten Bedingungen wie in einer Falle gefangen sind. Nachhaltige und widerstandsfähige Städte sind Städte, in denen die BewohnerInnen universellen Zugang zu grundlegenden öffentlichen Diensten wie Abfallentsorgung und -recycling, Wasser- und Sanitärversorgung, Verkehr, Energie, Gesundheits- und Sozialdiensten und Bildung haben und in denen die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst mit Würde und Respekt behandelt werden. Die Finanzen gehören zu den Schlüsselthemen für Kommunal- und Regionalverwaltungen. Das 20 Jahre währende Dezentralisierungsexperiment hat Entscheidungen über Dienstleistungen näher an die Menschen gerückt, die sie in Anspruch nehmen. Allerdings ging dieser Prozess nicht mit dezentralisierten Steuerbefugnissen oder garantierter Finanzierung einher. Deshalb sind die meisten Stadt- und Kommunalregierungen in Finanznöten. Dies wird durch den Investitionsbedarf für die Umwandlung in kohlenstoffarme oder -freie Gemeinschaften noch verschärft. Zum Stand der Dinge scheint die Mehrheit der so genannten „grünen Finanzmittel“ in marktbasierter Lösungen gelenkt zu werden.

Für den **Gesundheitssektor** bedeutet der Klimawandel eine weitere Belastung für bereits strapazierte Gesundheitssysteme und Beschäftigte, insbesondere in Entwicklungsländern. Durch wärmeres Wetter breiten sich mehr Krankheiten aus. Häufigere und stärkere Stürme verursachen mehr Verletzungen und Todesopfer und vertreiben mehr Menschen aus ihrer Heimat. Wald- und Buschbrände nehmen an Intensität und Schwere zu. Dürren beeinträchtigen die Fähigkeit von Ländern, angemessene Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen. Diese Sachverhalte erfordern von den Regierungen eine Stärkung der Gesundheitsdienste sowie die Einstellung und Ausbildung von mehr Fachpersonal im Gesundheitswesen – einem Sektor, in dem bereits weltweit Personalknappheit herrscht. Wiederum werden sich die Probleme nicht dadurch lösen lassen, dass man sich auf die Marktkräfte verlässt, da die am stärksten bedrohten Bevölkerungsgruppen zu den Ärmsten der Armen gehören, die sich keine private Gesundheitsversorgung leisten können. Der Gesundheitssektor führt derzeit Initiativen für grüne Krankenhäuser durch, um medizinische Abfälle zu begrenzen und neue Entsorgungsformen für giftige chemische und radioaktive Abfälle zu entwickeln, während gleichzeitig nach sichereren Chemikalien geforscht wird. Die ArbeitnehmerInnen im Gesundheitswesen können sich für diese Initiativen einsetzen und sie unterstützen, während sie gleichzeitig sichere Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen einfordern.

Im **Energiesektor** erfordert die ernsthafte Umstellung auf erneuerbare Energien eine konzertierte Aktion zwischen lokalen, regionalen und nationalen Regierungsinstanzen. Das aktuelle Modell der staatlichen Subventionen für privatwirtschaftliche Unternehmen hat zu viele Mängel: Es können übermäßige Profite

daraus geschlagen werden; es sichert keinen universellen Zugang zu Energiedienstleistungen, und es ist nicht ausreichend in die dynamischen Abläufe der Gemeinschaften, die auf diese Energiedienste angewiesen sind, integriert. Bei vielen der Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien handelt es sich um prekäre Arbeitsplätze; und die Beschäftigten hier sind nicht organisiert. Es muss mehr getan werden, um die Macht der Fossil- und Kernkraftlobbys anzugehen, die nach wie vor nicht-nachhaltige Lösungen (auch in Entwicklungsländern) fördern. Eine Reihe von Gewerkschaften hat sich der globalen Kampagne gegen Fracking (Hydraulic Fracturing) nach Erdgas und Erdöl angeschlossen. In diese Kampagne müssen wir auch die Flözgasgewinnung aufnehmen, die ähnlich wie das Fracking erhebliche Umweltauswirkungen verursacht. Die PSI arbeitet mit der Gewerkschaftsinitiative *Trade Unions for Energy Democracy*, TUED (<http://unionsforenergydemocracy.org/>), bei den vielfältigen Themen im Sektor zusammen.

Im **Wasser- und Sanitärversorgungssektor** hat unsere Arbeit zu weltweiten Anstrengungen für die Rücküberweisung in kommunale Hände und zu einer wachsenden Akzeptanz für die Alternative von öffentlich-öffentlichen Partnerschaften anstelle der neoliberalen PPPs geführt. Die rücküberwiesenen Versorgungsunternehmen beweisen, dass sie in der Lage sind, sozialen und ökologischen Belangen besser Rechnung zu tragen als Unternehmungen mit Profitabsichten. Diese Arbeit ist auf solide Bündnisse zwischen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen angewiesen.

Selbst wenn wir in der Lage sind, die globale Erwärmung auf 2 C zu begrenzen, ist klar, dass wir uns an die neue Klimarealität anpassen müssen, die häufigere und extremere Wetterereignisse mit sich bringen wird. Die PSI-Arbeit im Bereich **Notfälle und Katastrophen** zielt darauf ab, unsere Gewerkschaften dafür zu sensibilisieren, dass sie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf die erhöhten Lasten, die auf sie zukommen, vorbereiten müssen. Die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst werden es mit aggressiveren Wirbelstürmen und Überschwemmungen, häufigeren Wald- und Buschbränden, neuen und aggressiveren Erkrankungen usw. zu tun haben. Gewerkschaften, die Ersthelfer und Einsatzkräfte an vorderster Front vertreten, müssen sich stärker öffentlich dafür einsetzen, dass ihre Mitglieder angemessen geschützt werden. Auch in diesem Bereich wird die Privatisierung den Erfordernissen nicht gerecht. Besonderes Augenmerk muss auf die Entwicklungsländer gerichtet werden, da klar ist, dass die Ärmsten der Armen am meisten leiden werden.

Laufende PSI-Initiativen im Bereich Klimawandel und damit zusammenhängende Initiativen

Viele PSI-Mitgliedsgewerkschaften beteiligen sich aktiv an der Umstellung auf kohlenstoffarme Wirtschaften. Manche haben Empfehlungen für ArbeitnehmerInnen entwickelt, die bereits von diesem Übergangsprozess betroffen sind – um sie bei Kollektivverhandlungen und Öffentlichkeitsarbeit und damit bei der Verteidigung der Rechte und Interessen ihrer Mitglieder zu unterstützen. Andere haben Sektorbriefings entwickelt, um politische Entscheidungen in ihren Ländern zu beeinflussen. Die PSI trägt diese Materialien zusammen und stellt sie auf der PSI-Website unter der Rubrik Klimawandel ein, damit alle Mitgliedsgewerkschaften Zugang hierzu haben und ihre Erfahrungen und bewährten Ansätze fördern und verbreiten können.

- Die **PSI-Gewerkschaften, die ihre bewährten Ansätze betreffend einen sozial nachhaltigen Übergang hin zu einer kohlenstoffarmen und -freien Wirtschaft** und betreffend grüne Arbeitsplätze mit anderen teilen möchten, können dies durch Einsendung ihrer Materialien für die PSI-Website an den stellvertretenden Generalsekretär David Boys tun: climatechange@world-psi.org.

PSI-Kampagnen zur Unterstützung von Klimälösungen

Eine Reihe der **laufenden PSI-Kampagnen** betrifft die Veränderungen, die erforderlich sind, um die Herausforderungen des Klimawandels anzugehen.

Das globale Eintreten für Steuergerechtigkeit durch die PSI bezieht sich auf die öffentliche Finanzierung, der bei der Bewältigung der Klimaherausforderung eine zentrale Rolle zukommt. Es darf den Unternehmen nicht erlaubt sein, weiterhin Profite in Steueroasen zu verschieben und damit Milliarden an lokalen Steuern zu umgehen. Wir müssen erneut und anhaltend auf eine Finanztransaktionssteuer drängen, die ebenfalls bei Programmen für den Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit zur Anwendung kommen könnte. Diese Finanzierungsansätze sollten an die Stelle der aktuellen irrigen Erwartung treten, dass Privatisierung und öffentlich-private Partnerschaften die notwendigen Mittel bereitstellen werden.

Die PSI leistet Mobilisierungsarbeit, um sicherzustellen, dass die kapitalgedeckten **Pensionsfonds** für Beschäftigte im öffentlichen Dienst nicht in die Falle der zunehmenden Privatisierung und Finanzialisierung der öffentlichen Dienste tappen. Gleichfalls sollten diese Gelder sicherstellen, dass alle Unternehmen, an denen sie Aktien halten, eine verantwortungsvolle Steuerpolitik und -praxis umsetzen. Eine Reihe von Pensionsfonds hat bereits fortschrittliche Klimainvestitionsrichtlinien, über die ein Austausch unter den Mitgliedsgewerkschaften stattfinden kann.

Ziel der PSI-Kampagnen gegen die aktuelle Runde der so genannten „**Freihandels**“-**Deals** ist es sicherzustellen, dass die Regierungen die notwendigen politischen und aufsichtsrechtlichen Instrumente in ihren Händen behalten, um gesellschaftliche Problemstellungen, einschließlich des Klimawandels anzugehen. Diese neuen Abkommen werden die politischen Optionen von Regierungsinstanzen bei der Bekämpfung des Klimawandels ernsthaft beschneiden, da sie Unternehmensprivilegien und die Vereinnahmung des wirtschaftlichen und politischen Raums fest verankern werden.

Die PSI leistet nach wie vor Lobby-Arbeit bei den Vereinten Nationen, um sicherzustellen, dass die neuen **Nachhaltigen Entwicklungsziele** (jetzt bekannt als „**2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung**“) universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten ermöglichen. Die 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete jüngst die Nachhaltigen Entwicklungsziele, und die jetzige Arbeit wird sich auf die Entwicklung von Indikatoren und Messgrößen für alle Ziele im Einklang mit diesen 17 übergeordneten Zielen konzentrieren. Es bestehen jedoch nach wie vor Herausforderungen in Bereichen wie der sozialen Grundsicherung sowie einer Reihe von Sektor spezifischen Themen.

Bedauerlicherweise zeitigte der Gipfel für die **Entwicklungsfinanzierung** in Addis Abeba im Juli 2015 keine fortschrittlichen und innovativen Empfehlungen für die Politik. Dementsprechend muss sich die PSI weiter gegen globale Initiativen für die Finanzierung von öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen durch privatwirtschaftliche Finanzierung zur Wehr setzen.

Die Auswirkungen der globalen Erwärmung werden wahrscheinlich zu mehr **Konflikten** führen, da Menschen gezwungen sind abzuwandern, um zu überleben. Es wird möglicherweise mehr Konflikte betreffend den Zugang zu und die Kontrolle über natürliche Ressourcen geben. Bewaffnete Konflikte führen aktuell zu höheren Flüchtlingszahlen und setzen damit Regierungsinstanzen auf allen Ebenen unter Druck. Die aktuelle Arbeit der PSI zum Thema Migration lässt sich auf diese Themen anpassen.

Zeit zum Handeln: jetzt!

Die UN-Klimaverhandlungen laufen jetzt schon seit vielen Jahren. Die wissenschaftlichen Belege sind nicht von der Hand zu weisen. Es braucht nun dringend weltweit koordinierte Maßnahmen, wenn die Menschheit verheerende Umweltkrisen vermeiden möchte. Selbst wenn es bei den UN-Verhandlungen nicht zu einem verbindlichen Abkommen kommt, müssen sich die Regierungen bewegen – das ist es, was die Menschen auf der ganzen Welt fordern. Und die Regierungen müssen dem Gehör schenken und handeln. Die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften könnten wichtige Beiträge zu den vielfältigen Herausforderungen liefern, vor denen wir stehen – nicht nur in Bezug auf die globale Erwärmung, sondern auch in Bezug auf die systemische Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Die von uns beigesteuerte Perspektive mit ihrem Schwerpunkt auf dem universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten ist von entscheidender Bedeutung für unsere Mitmenschen und den Planeten.

Mehr Informationen:
www.world-psi.org/climatechange
climatechange@world-psi.org

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) ist eine internationale Gewerkschaftsföderation. Sie vertritt 20 Millionen Frauen und Männer, die in mehr als 150 Ländern der Welt lebenswichtige öffentliche Dienste erbringen. Die PSI setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fördert den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten. Die PSI kooperiert mit den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen und arbeitet in Partnerschaft mit anderen Gewerkschaftsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft.